Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 10: "Leben mit der Inflation?"

Artikel: Sind wir zu ewiger Inflation verdammt?
Autor: Haberler, Gottfried
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162517

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Leben mit der Inflation?

Ursachen

Sind wir zu ewiger Inflation verdammt?

GOTTFRIED HABERLER

Defaitistische Propheten

Wie in jeder früheren Inflationsperiode ist es auch jetzt wieder populär geworden zu behaupten, dass wir zu ewiger Inflation verdammt sind. Eine Preissteigerung von 3 bis 5 Prozent pro Jahr sei nicht nur unvermeidlich, sondern auch gar nicht so schlimm oder jedenfalls besser als die einzig mögliche Alternative, nämlich dauernde Stagnation und Arbeitslosigkeit von vielleicht 5 bis 6 Prozent. (Die Arbeitslosenziffer bezieht sich auf amerikanische Verhältnisse. Für die meisten europäischen Länder wäre sie wohl etwas niedriger zu wählen.) Diese defaitistische Ansicht wird von durchaus ernstzunehmenden Ökonomen vertreten, zum Beispiel von Professor Paul Samuelson in den USA und von Dr. Klaus Dieter Arndt, vormals parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Wirtschaftsministerium. Die Theorie ist jedoch keineswegs neu. Sie wurde zum Beispiel vor zwanzig Jahren von einem der besten Kenner der amerikanischen Wirtschaft, dem verstorbenen Professor S. H. Slichter, einem der hervorragendsten und keineswegs radikalen amerikanischen Nationalökonomen, vertreten.

Nun, ich will nicht prophezeien. Vielleicht wird es sich in zwanzig Jahren herausstellen, dass diese pessimistische Prognose zutrifft. Ich hoffe aber, dass das nicht der Fall sein wird, denn es lässt sich meines Erachtens klipp und klar beweisen, dass es falsch ist anzunehmen, dass auf die Dauer – und zwar eine relevante Dauer, nicht etwa jene Dauer, in der wir nach

einem berühmten Ausspruch Keynes' alle tot sind – eine mehr oder weniger kontinuierliche Inflation von 3 bis 5 Prozent zu einem besseren Resultat führen muss, gemessen am Beschäftigungsgrad und Wirtschaftswachstum, als eine Inflation von null Prozent. Null ist *cum grano salis* zu nehmen; eine Inflation von 1 bis 1½ Prozent fällt wohl innerhalb des Genauigkeitsgrads der Preisstatistik und kann daher toleriert werden.

Sowohl die alten als die neuen Propheten der unvermeidlichen Inflation im oben definierten Sinne stützen sich hauptsächlich auf die These, dass heute der Lohndruck der Gewerkschaften so stark ist, dass eine dauernde Arbeitslosigkeit von sagen wir 5 Prozent oder mehr erforderlich wäre, um Preisstabilität zu erzielen. Man könnte streiten, ob stabile Preise mit 5 oder 6 Prozent Arbeitslosigkeit einem Zustand von Vollbeschäftigung – Vollbeschäftigung ebenfalls *cum grano salis* genommen – und einer Inflationsrate von 5 bis 6 Prozent vorzuziehen sind. Im modernen, technischen Jargon der Ökonomen: Man könnte sich über die «soziale Präferenzskala» von verschiedenen Kombinationen von Preissteigerung und Arbeitslosigkeit unterhalten. Ich will das aber dahingestellt sein lassen. Denn es lässt sich zeigen, dass wir diese Wahl zwischen Vollbeschäftigung plus 5 Prozent Inflation und stabilen Preisen plus 6 Prozent Arbeitslosigkeit gar nicht haben. Um das zu zeigen, halte ich mich an die Ausführungen Slichters, der die Theorie klarer formuliert hat als die meisten modernen Vertreter der «unvermeidlichen Inflation».

Inflation auf kleinem Feuer – eine Illusion

Slichter war, wie gesagt, insofern pessimistisch, als er behauptete, dass es ohne Inflation nicht möglich sei, einen befriedigenden Beschäftigungsgrad und Wachstumsrate zu erzielen. Er war aber optimistisch anzunehmen, dass es durchaus möglich sei, eine Beschleunigung der Inflation zu vermeiden. (Die Professoren Samuelson und Solow haben in einem bekannten Aufsatz ebenfalls die These vertreten, dass eine «kriechende» Inflation nicht notwendig in eine «trabende» oder gar «galoppierende» Inflation ausarten müsse.) Ich stimme dieser Behauptung durchaus zu. Slichter hat ganz recht, wenn er sagt, dass die Notenbank eine Beschleunigung der Inflation jederzeit verhindern kann, wenn sie vermeidet, die Zügel der Kreditpolitik schleifen zu lassen. Was Amerika betrifft, bin auch ich bereit, mit Slichter anzunehmen, dass wenigstens in Friedenszeiten eine Beschleunigung der Inflation vom Federal Reserve System tatsächlich nicht geduldet werden wird. Was jedoch Slichter und die neueren Inflationisten übersehen, ist die Tatsache, dass der Vorteil der Inflation, nämlich den Beschäftigungsgrad auf hohem Niveau zu halten, rasch verloren geht, wenn die Inflationsrate

längere Zeit konstant bleibt. Der Grund ist sehr einfach: Die Gewerkschaften werden sich nicht auf die Dauer an der Nase herumführen lassen und sich mit einer, sagen wir, sechsprozentigen Lohnerhöhung begnügen, wenn sie sehen, dass die Hälfte oder mehr als die Hälfte der höheren Einkommen durch die Preissteigerung zunichte gemacht wird. Dieselbe Überlegung würde übrigens auch für industrielle Monopole und Oligopole gelten, wenn es wahr wäre, dass sie entscheidend zur Inflation beitragen. Ich will aber nicht näher darauf eingehen, weil meines Erachtens die Furcht vor Oligopolen und Monopolen und insbesondere ihrer inflationistischen Folgen masslos übertrieben ist. Den Beweis für diese Behauptung kann ich hier aus Platzmangel nicht erbringen[1]. Die von Keynes vertretene These, dass die Arbeiter nur die *Geld*löhne und nicht die Reallöhne sehen, ist ein Märchen. In einer Inflationszeit lernen die Arbeiter und ihre Vertreter sehr rasch, zwischen Geld- und Reallohn zu unterscheiden. Was den Lohndruck und seinen Einfluss auf die Inflation betrifft, steht die Sache kurz gefasst so: Entweder es *gibt* einen Lohndruck (in dem Sinne, dass die Gewerkschaften immer wieder höhere jährliche Lohnsteigerungen durchdrücken, als der jährlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität entspricht), oder es gibt *keinen* Lohndruck.

Im ersten Fall müssen wir uns mit einer höheren Arbeitslosigkeit abfinden; eine *konstante* Inflationsrate kann daran auf die Dauer nichts ändern. Im zweiten Fall ist eine Inflation von vornherein überflüssig. Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, die die Löhne starr machen, wäre es leicht oder zumindest viel leichter, als es heute ist, auf der einen Seite das Entstehen oder Bestehen allgemeiner Arbeitslosigkeit durch geldpolitische Massnahmen zu verhindern, ohne ernste Inflation befürchten zu müssen, und auf der anderen Seite eine in Gang befindliche Inflation zu stoppen, ohne dauernde Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Mit anderen Worten: einer *Nachfrage*inflation ist viel leichter beizukommen als einer Lohndruckinflation.

Ob es tatsächlich einen Lohndruck im angedeuteten Sinn gibt, ist im Lager der liberalen Ökonomen – liberal im ursprünglichen *Laissez-faire*-Sinn und nicht im modernen pervertierten Sinn – strittig. Ich will auf diese Frage jedoch nicht näher eingehen, weil sie in einem anderen Beitrag zu diesem Sonderheft erörtert wird. Ich möchte nur meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass leider in vielen Ländern der Lohndruck eine nicht zu leugnende Realität ist. Wie stark er in Wirklichkeit ist, ist schwer zu sagen; denn es besteht kein Zweifel, dass langdauernde Inflation den Gewerkschaften in die Hände spielt und so den Lohndruck verschärft. Man kann daher wohl damit rechnen, dass, falls die Inflation gestoppt wird, nach einer Übergangsperiode mit höherer Arbeitslosigkeit eine Abschwächung des Lohndrucks erwartet werden muss – um wieviel, ist schwer zu sagen. Eine radikale Erleichterung des ständigen Inflationsdrucks, der durch das Zu-

sammenspiel oder besser gesagt Gegenspiel von Vollbeschäftigungspolitik und Lohnforderungen der Gewerkschaften entsteht, wäre nur durch eine Politik zu erzielen, die die monopolistische Kraft der Gewerkschaften radikal reduziert. «Lohnrichtlinien» und «Einkommenspolitik» – von allgemeinen Preisstopps gar nicht zu reden –, die heute in weiten Kreisen so populär sind, halte ich für vollkommen ungeeignet, und ich weiss von keinem Fall, wo eine solche Politik sich auf längere Zeit bewährt hat.

Ein falscher Kurs

Bei der Beurteilung der Lohnrichtlinien – «guide posts for non-inflationary wage policy», wie die Politik in Amerika genannt wird –, ist meines Erachtens scharf zwischen Ziel und Mittel zu unterscheiden. Das angestrebte Ziel besteht darin, zu verhindern, dass der *Durchschnitts*lohn schneller als die *durchschnittliche* Arbeitsproduktivität (Produktion pro Arbeitsstunde) steigt. Dieses Ziel halte ich für durchaus vernünftig und erstrebenswert. Denn es lässt sich zeigen, dass in einer idealen, reibungslosen Konkurrenzwirtschaft (ohne Gewerkschaften, Lohndruck und starre Löhne), wenn das Preisniveau mittels einer entsprechenden Geldpolitik stabil gehalten wird, der Durchschnittslohn sich in der Tat *ungefähr* parallel zur Arbeitsproduktivität aufwärts bewegen wird. Die Lohnleitlinien versuchen also, den Zustand, der sich in einer reibungslosen Konkurrenzwirtschaft einstellen würde, in unserem von Gewerkschaften monopolisierten Arbeitsmarkt herbeizuführen. Das ist ein durchaus löbliches und vernünftiges Ziel.

Das Mittel ist jedoch völlig ungeeignet, weil der *Durchschnitts*lohn als solcher in einer individualistischen Wirtschaft nicht direkt dekretiert oder direkt manipuliert werden kann. Man könnte sich zwar vorstellen, dass eine regelmässige Steigerung *aller* Geldlöhne um, sagen wir, 3 Prozent pro Jahr angeordnet wird. In einer äusserst komplizierten, dynamischen freien Marktwirtschaft, in der sich die Verhältnisse zwischen Industrien und einzelnen Firmen ununterbrochen ändern und verschieben, wäre eine solche Regelung jedoch vollkommen unakzeptierbar, weil sie den *Status quo*, das heisst die bestehende Lohnstruktur, einfrieren würde und so die Anpassung der *relativen* Löhne (Relation der Löhne in verschiedenen Industrien, Firmen, Lokalitäten zueinander) an die sich ständig ändernden Umstände verhindern würde. Die Folge wäre eine kumulative Beeinträchtigung der rationellen Verteilung der Produktionsmittel, Verzögerung der Erhöhung der Produktivität und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Es müssten daher mehr und mehr Ausnahmen von der Regel der gleichmässigen Erhöhung aller Löhne gemacht werden, und die Politik der Lohnrichtlinien würde sehr rasch in den Sumpf allgemeiner detaillierter Lohn- und Preiskontrollen führen.

Denn Lohnkontrollen ohne Preiskontrollen sind politisch unmöglich. Die Erfahrung hat diese Behauptung immer wieder bestätigt. Wo immer die Politik der Lohnleitlinien oder Einkommenspolitik ernsthaft versucht wurde, ist sie rasch versandet und versumpft.

Kein Ersatz für Konkurrenz

Es gibt eben keinen synthetischen, künstlichen Ersatz für wirkliche Konkurrenz. Wenn es nicht gelingt, die Monopolstellung der Gewerkschaften am Arbeitsmarkt zu beseitigen oder zumindest stark zu vermindern und ein Mindestmass von Konkurrenz sicherzustellen, so muss ein gewisses Ausmass an Arbeitslosigkeit sowie von Lohn- und Preisverzerrungen in Kauf genommen werden, und jeder Versuch, diesem Übelstand durch Inflation beizukommen, ist auf die Dauer – und zwar auf relevante, verhältnismässig kurze Dauer – zum Scheitern verurteilt. Wie man den Missbrauch der Monopolgewalt der Gewerkschaften verhindern kann, ist allerdings ein Problem, das noch in keinem demokratischen Land zur vollen Zufriedenheit gelöst wurde. In manchen Ländern, zum Beispiel in Grossbritannien, ist das Gewerkschaftsproblem geradezu zum Schlüsselproblem der Wirtschaftspolitik geworden. Darauf kann aber hier nicht näher eingegangen werden[2].

[1] Für den Versuch des Nachweises, dass der Einfluss auf die Inflation von Arbeitsmonopolen (Gewerkschaften) und industriellen Monopolen (Kartellen, Oligopolen) grundsätzlich verschieden zu beurteilen ist, vgl. meine Broschüre «Inflation – Its Causes and Cures», revised edition «With a New Look at Inflation in 1966», American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington D.C. 1966, und meinen Beitrag «Wage-Push Inflation Once More» in «Roads to Freedom», Essays in Honour of F. A. von Hayek, London 1969, Routledge & Kegan Paul. – Es sei nur noch betont, dass die unterschiedliche Beurteilung von Arbeitsmonopolen (Gewerkschaften) und Industriemonopolen (Kartelle, Oligopole) in bezug auf ihre Inflationsfolgen *nicht* bedeutet, dass nach Ansicht des Verfassers das Monopolproblem auf anderen Gebieten der Wirtschaft als dem Arbeitsmarkt bagatellisiert werden sollte. Darauf kann aber hier nicht näher eingegangen werden. – [2] Die oben erwähnte Broschüre enthält Vorschläge und Andeutungen zur Lösung.